

Beschluss der GEW Hessen für eine ‚demokratisch verfasste Schule‘.*

Die GEW-Hessen setzt sich seit Jahren mit den vielfältigen Bestrebungen auseinander, die staatlich verantwortete Bildung in eine Ware und den in Deutschland überwiegend staatlich organisierten und regulierten Bildungssektor in einen deregulierten Bildungsmarkt zu verwandeln.

Die GEW beurteilt die Auseinandersetzungen um die „selbständige Schule“ und die zunehmende Verbetriebswirtschaftlichung von Bildungseinrichtungen samt den dazu gehörenden Neuen Steuerungsinstrumenten auf diesem Hintergrund und leitet daraus entsprechende Handlungsmaximen ab.

Für eine demokratisch verfasste Schule

Staatlicher Bildungsauftrag anstatt Kundenorientierung

Schule ist kein Betrieb und Schüler sind keine Kunden. Schulen als staatliche Bildungsanstalten erfüllen einen staatlichen Bildungsauftrag und orientieren sich somit an den gesellschaftlichen Vorgaben und Werten, die in Grundgesetz und Verfassung des Landes festgelegt sind.

Organisierte Kooperation anstatt deregulierter Marktkonkurrenz

Schule hat die Aufgabe möglichst alle jungen Menschen zu einem möglichst hohen Bildungsniveau zu verhelfen. Im Gegensatz dazu ist der Markt immer auch mit Konkurrenz verbunden, die Gewinner und Verlierer erzeugt. Während durch Kooperation zwischen Schulen Synergieeffekte durch gegenseitiges Lernen und Abbau von Doppelungen zu erwarten sind, geht bei Konkurrenz auf dem Markt viel Energie in Marketing verloren.

Die GEW Hessen setzt sich deshalb für eine stärkere Kooperation zwischen den Schulen ein, mit dem Ziel: ein hochwertiges, vielfältiges aber auch regional ausgewogenes Bildungsangebot in ganz Hessen zu gewährleisten. Eine Hauptaufgabe der Staatlichen Schulämter wird dabei sein, die Kooperation zwischen Schulen zu organisieren und zu intensivieren und für einen gerechten Ausgleich zu sorgen. Personalvertretungen müssen durch neue rechtliche Vorgaben und entsprechend notwendige Ressourcen in die Lage versetzt werden, diesen Prozess zu begleiten.

Konkurrenz unter den Schulen, eine betriebswirtschaftliche Organisation und Ausrichtung von Schulen, eine Anbieterposition auf dem Bildungsmarkt und die damit begründete eigene Rechtsfähigkeit von Schulen lehnt die GEW Hessen ab.

Eine Außensteuerung nach Vorstellung der GEW muss zur besonderen Unterstützung von Schulen in sozialen Brennpunkten und von Schulen mit umfassendem Bildungsauftrag führen, Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Um Benachteiligungen der Bildungschancen auszugleichen, müssen diese Schulen in Bezug auf sächliche, personelle und organisatorische Ausstattung besser ausgestattet sein als der Durchschnitt. Ein Ganztagsbetrieb für solche Schulen sollte selbstverständlich sein.

Demokratische Verfasstheit anstatt betriebsförmiger Organisation

Der hierarchischen betriebsförmigen Organisation von Schulen stellt die GEW Hessen das Modell der demokratisch verfassten Schule gegenüber.

* **Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen vom 27. – 29. 11. 2008**

Demokratisch verfasste Schulen fällen alle grundsätzlichen Entscheidungen mit Ausnahme von Personalentscheidungen in Gremien, zu denen alle Pädagoginnen und Pädagogen, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schule, Vertretungen der Schülerschaft und der Eltern Zugang haben. Für die demokratische Verfasstheit gilt, dass Entscheidungen dort gefällt werden, wo sie wirken. Für ihre Binnensteuerung entwickeln demokratisch verfasste Schulen entsprechende Verfahren, die insbesondere für die Gremien großer Schulen mehr umfassen als Information, Beratung und Abstimmung im Plenum. Entscheidungsprozesse in demokratisch verfassten Schulen sind transparent. Die Verfassung einer demokratischen Schule muss die Entscheidungsrechte der Gesamtkonferenzen sichern und ausbauen.

Berufsethos anstatt Unterrichtsbeamter

Demokratisch verfasste Schulen brauchen Beschäftigte (Lehrkräfte, Sozialpädagogen, Assistenten Hausmeister usw.), die sich nicht nur auf ihr Arbeitsgebiet (Unterricht, sozialpädagogische Betreuung, usw.) und dessen nächstes Umfeld konzentrieren (Unterrichtsbeamte), sondern engagierte Menschen mit einem ausgeprägten Berufsethos. Ein Selbstverständnis von Lehrkräften und Schulleitungen als Führungskräfte verbietet sich.

Die GEW Hessen führt eine Kampagne zum Berufsethos durch.

Kollegiale Schulleitung anstatt Schulmanager

Für die GEW Hessen sind Schulleitungsmitglieder in demokratisch verfassten Schulen „Erste unter Gleichen“ mit besonderen Aufgaben. Sie nehmen ihre Aufgaben bewusst und professionell wahr und bleiben vom eigenen Selbstverständnis her Pädagoginnen und Pädagogen. In demokratisch verfassten Schulen werden Schulleitungsmitglieder von den zuständigen Gremien auf Zeit gewählt und Funktionen können auf mehrere Schultern verteilt werden.

Die GEW Hessen setzt sich für eine Änderung des Beamtenrechts im obigen Sinne ein. Schulleitungstätigkeit ist kein eigener Beruf. Die GEW Hessen lehnt daher jegliche Form von Berufsbildern für Schulleitungstätigkeiten ab.

Pädagogische Freiheit anstatt Schulinspektion und Referenzrahmen

Demokratisch verfasste Schulen erhalten einheitliche Rahmenbedingungen wie Rahmen- oder Bildungspläne, schulgesetzliche Bestimmungen über Berechtigungen und Abschlüsse, Verteilung von Kompetenzen bei der Gestaltung, Leitung und Aufsicht von Schulen sowie der Verfassung von Schulen, schulrechtliche Bestimmungen, jugendhilfsrechtliche Vorgaben, Erlasse und Verwaltungsvorschriften usw..

„Demokratisch verfasste Schulen“ verfügen über erhebliche Handlungsspielräume bei pädagogischen und schulorganisatorischen Fragen. So bestimmen sie über die Sozialorganisation der Lerngruppen, die Rhythmisierung des Unterrichts, die Art des Feedbacks an Schülerinnen und Schüler. Sie können sich entscheiden, bis einschließlich Jahrgang 8 auf Zensuren zu verzichten. Sie können entscheiden, mit welchen Maßnahmen sie Chancengleichheit und Inklusion, geschlechterbewusste und geschlechtergerechte Bildung, individuelle Förderung sowie Lebensplanung, Arbeitswelt- und Berufsorientierung von Anfang an umsetzen. Die einzelne Schule entscheidet über ihr pädagogisches Profil und die Fördermaßnahmen nicht isoliert von anderen pädagogischen Einrichtungen in der Region. Sie sucht die konzeptionelle Vernetzung und findet Wege der Gestaltung ihrer Angebote (sowohl der organisatorischen wie z. B. der Öffnungszeiten als auch der inhaltlichen wie z. B. der Angebote für besondere Zielgruppen) im Gesamtkonzept der kommunalen Bildungsplanung.

In einer ‚demokratisch verfassten Schule‘ hat die „Testeritis“ sowie zentrale Abschlussprüfungen nichts zu suchen. Das schmalspurige „teaching to the test“ bzw. „learning to the test“ muss auf allen Ebenen ausgeschlossen sein.

Für die GEW Hessen ist die pädagogischer Freiheiten der Lehrkräfte und der Schulen eine Grundvoraussetzung für eine demokratisch verfasste Schule. Diese evaluiert sich selbst und bedienen sich bei Bedarf „kritischer Freunde“ für eine externe Evaluation. Eine Zertifizierung von Schulen lehnt die GEW Hessen ab, da sie nur Sinn macht, wenn Schulen auf dem Markt in Konkurrenz zueinander und zu privaten Anbietern stehen und da sie mit Kosten verbunden ist, die besser in die Entwicklung der Schulen fließen würden.

Bisherige Erfahrungen mit der Schulinspektion zeigen, dass kaum positive Wirkungen der Inspektionen in den Schulen wahrgenommen werden und die Kosten dafür nicht gering sind (Nach dem Landeshaushalt 2008 kostet eine Schulinspektion durchschnittlich 15.398,58€). Hinzu kommt, dass weder die Konzeption der Schulinspektion und noch viel weniger das Zustandekommen des Referenzrahmens demokratischen Spielregeln genügen. Die Schulinspektionen á la Hessen und der Referenzrahmen Schulqualität werden von der GEW Hessen abgelehnt.

Verlässliche Ressourcen anstatt zusätzlicher Verwaltungstätigkeit

Die ersten Erfahrungen im Modellprojekt Selbstverantwortung plus haben gezeigt, dass durch die Budgetierung der Schulen, der Verwaltungsaufwand dort immens gestiegen ist. Für die Abdeckung der Stundentafel brauchen die Schulen kein Budget, sondern eine verlässliche Zuweisung von Stellen und somit von Unterrichtsstunden. Für die Abdeckung der Stundentafel plus einer Reserve von 10% für Vertretung, Fördermaßnahmen usw. lehnt die GEW Hessen eine Budgetzuweisung ab.

Weiterhin fordert die GEW Stellenzuweisungen im ausreichenden Umfang für Assistenten und Schulsozialarbeit.

Über die Verwendung der weiteren Mittel entscheidet die demokratisch verfasste Schulen in ihren Gremien.

Kleine Einheiten anstatt unüberschaubarer Großsysteme

‚Demokratisch verfasste Schulen‘ sind von der Größe her überschaubar. Der Zuschnitt sollte so gestaltet sein, dass die Einheiten für alle Beteiligten überschaubar und sozial verträglich bleiben. Besonders der Kommunikationsfluss muss unbehindert erfolgen können, sei es im Rahmen formeller Beteiligungen (Konferenzen), sei es im Bereich des informellen Austausches.

Schulaufsicht als Unterstützungssystem anstatt Kontrollinstanz

Die Schulaufsicht gängelt ‚demokratisch verfasste Schulen‘ nicht mit kleinlichen Verwaltungsvorschriften. Sie baut alle Reste bevormundender paternalistischer Kontrollattitüden ab und wird zu einer qualifizierten Begleitung für Schul- und Qualitätsentwicklung. Sie trifft die rechtsverbindlichen Entscheidungen über die Einstellung, Beförderung, Versetzung des pädagogischen Personals und ist somit auch Ansprechpartner für alle Personalfragen. Die inhaltliche Entscheidung trifft die Schule auf Grundlage ihres in demokratischen Diskurs entwickelten Personalentwicklungskonzepts in dafür vorgesehenen, demokratisch legitimierten Gremien.

Die Rechte der Personalräte werden gewahrt und ausgebaut.